



An die
Stadtratsmitglieder der CSU mit Freie Wähler-Stadtratsfraktion
Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Hans Hammer,
Herrn StR Winfried Kaum, Herrn StR Hans-Peter Mehling,
Herrn StR Thomas Schmid, Herrn StR Leo Agerer

Rathaus

Datum: 20.10.2025

Analyse und Aufarbeitung des linksradikalen Extremismus in München durch die
Fachstelle für Demokratie

Antrag Nr. 20-26 / A 05428 von Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Winfried Kaum,
Herrn StR Thomas Schmid, Herrn StR Hans Hammer, Herrn StR Hans-Peter Mehling,
Herrn StR Leo Agerer vom 07.02.2025, eingegangen am 07.02.2025

Sehr geehrte Kollegen,

am 07.02.2025 haben Sie folgenden Antrag gestellt:

„Die Fachstelle für Demokratie der LHM wird beauftragt, sich zukünftig intensiv auch mit dem
linksradikalen Extremismus und der darin enthaltenen linksradikalen Gewalt
auseinanderzusetzen und konkrete Lösungsvorschläge zur Eindämmung zu entwickeln.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Die Ausrichtung der Fachstelle für Demokratie wurde zuletzt mit dem Stadtratsbeschluss vom 21.09.2016 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06652) verankert. Darüber hinaus wurde der Fokus der Fachstelle für Demokratie in den letzten Jahren immer wieder schrittweise erweitert bzw. konkretisiert und an die aktuellen Herausforderungen angepasst. Das zeigt sich zum einen in der veränderten Namensgebung der Fachstelle mit dem Beschluss von 2016, zum anderen aber auch in den jüngsten Stadtratsbeschlüssen, die die inhaltliche Arbeit der Fachstelle in den Themenbereichen Antisemitismus (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04896), Antiziganismus (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09105), Antirassismus (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11895) sowie Diskriminierung und rechter Hass an Münchner Schulen (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 01799 und Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 10766) konkretisieren und zum Teil personelle Erweiterungen für eben diese Themenbereiche vorsehen.

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: (089) 233 - 92642

Der grundlegende Auftrag der Fachstelle für Demokratie leitet sich dabei aus dem zentralen Grundsatz der Bayerischen Verfassung ab, in der es – wie auch in Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland – heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ Entsprechend ist die Fachstelle damit beauftragt, sämtliche demokratischen Kräfte in München, die sich den Angriffen auf die Menschenwürde Einzelner oder ganzer gesellschaftlicher Minderheiten und vulnerable Gruppen entgegenstellen, weiter zu vernetzen, zu stärken und deren Arbeit zu bündeln. Denn eine demokratische Stadtgesellschaft stellt langfristig den besten Schutz gegen menschenfeindliche Tendenzen und insbesondere gegen jeden Angriff auf die Menschenwürde – sei es durch Ausgrenzung, Hass oder Gewalt – dar. Darüber hinaus entwickelt die Fachstelle vorrangig Maßnahmen, um Minderheiten und vulnerable Gruppen in unserer Stadtgesellschaft zu schützen und Zivilgesellschaft und Verwaltung im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Strömungen zu stärken.

In Bezug auf die Verwaltung geschieht dies insbesondere durch Vortragsformate und Fortbildungen, in denen aktuelle demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen erläutert werden und auch auf die Frage eingegangen wird, weshalb die öffentliche Verwaltung immer wieder zum Ziel von Anwürfen und in einigen Fällen auch von Angriffen wird. Zudem erhalten die Verwaltungsmitarbeitenden im Rahmen dieser Formate Hinweise zum Umgang mit derartigen Herausforderungen. Im Rahmen dieser Fortbildungen beleuchtet die Fachstelle für Demokratie die ganze Bandbreite menschen- und demokratiefeindlicher Phänomene. Der „Extremismus-Begriff“ findet hier keine Anwendung, da er die Problemwahrnehmung verengt und nicht zielführend ist, um das Problem umfassend zu bearbeiten (vgl. meine Antwortschreiben auf die StR-Anträge Nr. 14-20 / A 02727 vom 12.12.2016, Nr. 14-20 / F 01012 vom 04.10.2017 und 20-26 / A 04093 vom 16.08.2023).

Die Bearbeitung von Straftaten ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Die Fachstelle für Demokratie arbeitet hingegen primär im präventiven und koordinierenden Bereich – zum Schutz der Menschenwürde im oben skizzierten Sinne. Sobald es zu demokratie- oder menschenfeindlich motivierten Straf- oder gar Gewalttaten kommt, ist die Polizei die richtige und verlässlichste Ansprechpartnerin zur Strafverfolgung der Täter*innen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dieter Reiter